

Bekämpfung des Rechts- extremismus gehört zur DNA der Polizei

Das Entsetzen war groß, als Innenminister Herbert Reul am 16. September in einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz über die Existenz einer rechtsradikalen Chatgruppe im Polizeipräsidium Essen berichtet hat. Bei 14 der 31 Chatmitglieder seien die Vorwürfe so schwerwiegend, dass die Beamten aus dem Dienst entfernt werden müssten, sagte Reul. Inzwischen spricht der Innenminister sogar von 104 rechtsradikalen Vorfällen in der NRW-Polizei in den vergangenen drei Jahren. Und selbst diese Zahl dürfte weiter wachsen, falls in den kommenden Wochen die Existenz weiterer Chatgruppen bekannt werden sollte, in denen ebenfalls rechtsradikale Bilder gepostet worden sind.

Für viele Medien war damit der Beweis, auf den sie seit dem gewaltsamen Tod des Afroamerikaners George Floyd durch einen Polizisten in den USA gewartet haben, endgültig erbracht – nämlich ein Beleg für ihre These, dass es auch in Deutschland einen strukturellen Rassismus bei der Polizei gibt. Auch die GdP hat mit großem Entsetzen

auf das Vorhandensein einer rechtsextremen Chatgruppe im Polizeipräsidium Essen reagiert. „Die Bekämpfung des Rechtsextremismus gehört zur DNA der Polizei“, betonte unmittelbar nach Bekanntwerden der schwerwiegenden Vorwürfe der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz gegenüber den Medien. Eine Position, die selbst in der New York Times

zitiert worden ist. Maatz erinnerte zudem daran, dass die Polizisten in Deutschland eine zentrale Rolle bei der Entwicklung einer liberalen, weltoffenen Gesellschaft gespielt haben. „Die Polizisten stehen für den Schutz unserer demokratischen Rechte. Dass es trotzdem Beamte gibt, die in Chatgruppen rechtsradikale, fremdenfeindliche Inhalte teilen, ist unerträglich“,

Was macht der Dienst mit den Polizisten?

Rassismus ist kein isoliertes Problem der Polizei, sondern es ist ein Problem der gesamten Gesellschaft. Aber Polizisten müssen Haltung zeigen, wenn es in ihrem Umfeld zu menschenverachtenden Äußerungen kommt. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der rechtsextremen Chats von Polizisten in Nordrhein-Westfalen hat der GdP-Bundesvorstand deshalb alle Polizeibeschäftigten aufgefordert, klar gegen rechtsextreme Ansichten Stellung zu beziehen. Auch in den eigenen Reihen! Zugleich hat die GdP die Politik aufgefordert, die Gründe in den Blick zu nehmen, warum rechtsradikale Positionen auch bei Beschäftigten der Polizei auf Widerhall stoßen.

„Wir haben sehr gute und umfassend aus- und fortgebildete Kolleginnen und Kollegen.

Die Polizei macht interkulturellen Unterricht und Trainings zu Themen des Antirassismus. Darüber hinaus arbeiten zunehmend Menschen mit Migrationsgeschichte in der Polizei. All das scheint aber nicht ausreichend, um einige Menschen in der Polizei davon abzuhalten, für rassistische Botschaften empfänglich zu sein, sie zu senden oder schlimmstenfalls auch rassistisch zu handeln“, heißt es in einer am 22. September vom GdP-Bundesvorstand veröffentlichten Erklärung.

Um das in Zukunft zu verhindern, fordert die GdP eine umfassende Untersuchung der Arbeitsbedingungen bei der Polizei: Neben der Überprüfung der polizeilichen Aus- und Fortbildung sowie der Arbeitssituation in der Polizei und einer intensiven Befassung

mit dem „Gefühl“ der Polizeibeschäftigten, setzt sich die GdP auch für eine Stärkung der demokratischen Widerstandsfähigkeit der Polizistinnen und Polizisten ein. Und sie fordert, dass umgehend eine Kommission aus Vertretern der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, der Gewerkschaften und der Migranten eingesetzt wird, die das Verhältnis von Gesellschaft und Polizei in den Blick nimmt. Einschließlich des Problems der zunehmenden Gewalt gegen Polizisten. ■



QR-Code

Es reicht! Haltung der Polizeibeschäftigten stärken! Erklärung des GdP-Bundesvorstands im Wortlaut.



sagte er. Eine Position, auf die auch GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens in den vergangenen Wochen in zahlreichen Interviews und Gesprächen immer wieder hingewiesen hat. „Rechtsextremisten haben nicht nur in der Polizei nichts zu suchen, sondern für sie ist auch in der GdP kein Platz!“, sagte er.

Trotzdem wehrt sich die GdP dagegen, dass wegen des Auftauchens von rechtsradikalen Chatgruppen innerhalb der Polizei alle Polizisten pauschal unter Extremismusverdacht gestellt werden. „Dass die Mitglieder der Essener Chatgruppe nicht sofort auf die rassistischen, fremdenfeindlichen Posts von einzelnen Gruppenmitgliedern reagiert und sie zur Rede gestellt haben, war ein schwerer Fehler, aber das macht sie noch nicht zu Nazis“, betonte Maatz. Unter den Beamten, denen jetzt die Entfernung aus dem Dienst droht, sind auch Polizisten, die selber einen Migrationshintergrund haben oder privat in der Flüchtlingsarbeit engagiert sind. Deshalb wirbt die GdP dafür, vor einem endgültigen Urteil genau hinzuschauen, wem welches Fehlverhalten anzulasten ist.

Darüber hinaus wirft der Essener Fall die grundsätzlichen Fragen auf, warum einzelne Polizisten überhaupt für rechtsradikales Gedankengut empfänglich sind und was sich bei der Polizei ändern muss, um solche Entwicklungen zu verhindern. Denn rechtsradikale Äußerungen und Posts gab es in der Vergangenheit auch in anderen Polizeibehörden in NRW.

In Aachen, Hamm und in einer Observationsgruppe des Verfassungsschutzes im Düsseldorfer Innenministerium. Und zuletzt in Bielefeld. Für die GdP ist das nicht hinnehmbar. Wer rechtsradikale Positionen vertritt oder Sympathie mit deren menschenverachtenden, demokratiefeindlichen Zielen zeigt, hat in der Polizei nichts zu suchen“, betont GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. „Wer das nicht versteht, muss aus der Polizei ausgeschlossen werden.“

Die GdP sieht aber auch den Dienstherrn in der Pflicht. Vom Innenminister bis zu den Behörden und Dienstvorgesetzten vor Ort. „Wenn wir verhindern wollen, dass Bilder mit zweifelhaften oder offen rassistischen Inhalten in der Polizei geteilt werden, brauchen wir in der Polizei eine neue Fehlerkultur. Wir brauchen in den Behörden ein Klima, das alle Beschäftigten ermutigt, gegen rechtsradikale Posts oder Vorfälle vorzugehen, falls sie in ihrem Umfeld passieren“, fordert die GdP. Außerdem macht sich der Landesbezirk dafür stark, dass auch in NRW der Frage nachgegangen wird, wie die Belastungen und Erfahrungen des Berufsalltags die Polizisten für rechtsradikales Gedankengut empfänglich machen. Und wie man das verhindern kann. Der GdP-Bundesvorstand hat dazu Ende September ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgeschlagen (siehe Infokasten). „Die Signale, die ich bislang aus der Politik bekommen habe, zeigen, dass unsere Forderungen dort aufgegriffen werden. Ich gehe davon

aus, dass das Innenministerium in Kürze eine ganze Reihe von Untersuchungen zu den einzelnen Themenfeldern auf den Weg bringen wird“, fasst Michael Mertens die von ihm in den letzten Wochen mit wichtigen Innenpolitikern geführten Gespräche zusammen.

Auch Innenminister Herbert Reul (CDU) hat sich bereits ähnlich geäußert. Er befürwortet ebenfalls Untersuchungen zu den einzelnen Aspekten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Das sei zielführender als eine generelle Rechtsextremismusstudie bei der Polizei, betonte Reul immer wieder. Bereits im Frühjahr hat Reul in allen Polizeibehörden in NRW eigene Extremismusbeauftragte eingesetzt. Nach Bekanntwerden der Essener Chatgruppe hat Reul zudem den bisherigen stellvertretenden Leiter des Verfassungsschutzes, Uwe Reichel-Offermann, zum Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Rechtsextremismus in der Polizei ernannt.

Anfang Oktober hat der Düsseldorfer Landtag zudem mit Stimmen der beiden Regierungsfractionen CDU und FDP die Landesregierung aufgefordert, konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Wertebildung bei den Polizistinnen und Polizisten zu entwickeln. Zudem soll untersucht werden, wie verhindert werden kann, dass sich die in vielen Dienststellen belastende Arbeitssituation negativ auf das Verhalten der Beamten auswirkt. ■

Wir sind erst am Anfang eines langen, aber dringend notwendigen Wegs



Rechtsextremismus hat in der Polizei nichts zu suchen. Die 104 Verdachtsfälle, die Innenminister Reul Anfang Oktober gegenüber dem Landtag eingeräumt hat, sind wahrscheinlich erst der Anfang der gravierenden Vorwürfe, denen sich die Polizei in den nächsten Monaten stellen muss. Auch der Hinweis, dass nicht alle Polizistinnen und Polizisten, die Mitglied der Essener Chatgruppe waren, tatsächlich Rechtsextremisten sind, ändert daran nichts. Wir alle müssen uns der Frage stellen, warum die Rechtsextremisten in den eigenen Reihen nicht schon viel früher entdeckt worden sind. Natürlich lässt sich einwenden, dass es fast überall, wo in NRW rechtsradikale Äußerungen von Beschäftigten in der Polizei bekannt geworden sind, die eigenen Kolleginnen und Kollegen waren, die diesem unsäglichen Treiben ein Ende gesetzt haben. Es gibt aber auch zweifelhafte oder sogar offen rechtsradikale Posts und Meinungsäußerungen, bei denen diejenigen, die etwas davon mitbekommen haben, die rote Karte nicht gezogen haben.

Damit sich das nicht wiederholt, müssen wir eine Antwort auf die Frage finden, wie wir die Polizistinnen und Polizisten und die Tarifbeschäftigten der Polizei in ihrer Haltung stärken, rechtsradikalen Bildern und Positionen keinen Raum zu gewähren. Auch nicht aus falsch verstandener Rücksicht auf die vermeintlich netten Kollegen. Denn jeder Fall ist einer zu viel!

Die Auseinandersetzungen und Diskussionen, die in den kommenden Wochen und Monaten auf uns alle zukommen, werden nicht einfach. Trotzdem ist es wichtig, dass wir uns nicht in das Schneckenhaus Polizei zurückziehen. Dass wir uns nicht nach außen hin abschotten, sondern uns den an die Polizei herangetragenen Vorwürfen stellen. Wenn wir uns dabei auf unsere eigenen Werte beziehen, wenn wir uns auf das beziehen, was die Stärke der Polizei in Deutschland ausmacht, nämlich die Demokratie und unseren Rechtsstaat zu schützen, können wir in diese Auseinandersetzung mit Selbstbewusstsein gehen. Auch wenn wir erst einmal viele unangenehme Fragen beantworten müssen.

Michael Mertens
Landesvorsitzender der GdP



Dr. Werner Gowitzke, 57, ist stellvertretender Kommissariatsleiter für Betrug im Polizeipräsidium Duisburg. Davor war er fast anderthalb Jahrzehnte Ermittler bei Europol. In einer breit angelegten wissenschaftlichen Studie hat er die Werte von Polizisten und deren Entstehung in mehr als 20 überwiegend europäischen Ländern untersucht.

Fördert Police Culture rechtsradikales Denken in der Polizei?

Fragen an den Kripobeamteten und Polizeiwissenschaftler Dr. Werner Gowitzke



Du hast mehr als 200 Polizisten aus vielen Ländern nach ihren Werten befragt. Gibt es eine Police Culture, die überall zu beobachten ist?

Die Polizei hat in allen Ländern sehr ähnliche Arbeitsformen. Es gibt zum Beispiel überall Polizeiwachen für die aktuelle Einsatzbewältigung und es gibt Vorgesetzte oder Manager für die übergeordneten Aufgaben. Die Werte, die Polizisten vertreten, sind dagegen von Land zu Land verschieden, auch innerhalb der EU. Aber was Forscher immer wieder beobachtet haben, sind Grundeinstellungen, die überall auftreten. Dazu gehören eine defensive Solidarität und ein Us-and-them-Gefühl: „Wir gegen den Gegner! Gegen die Kriminellen“ – unter Umständen auch gegen die Öffentlichkeit, die die Arbeit der Polizei nicht anerkennt.

Das klingt nach Abschotten nach außen. Nach einer Kultur, in der eigene Fehler unter den Teppich gekehrt werden.

Für Polizisten ist es wichtig, untereinander solidarisch zu sein, sich gegenseitig zu unterstützen, weil ich auf mich allein gestellt nichts durchsetzen kann. Davon kann sogar mein Leben abhängen. Der enge Zusammenhalt von Polizisten ist also nichts Schlechtes. Entscheidend ist, für welche Werte die Polizisten eintreten und ob es eine Fehlerkultur gibt. Hier mag es in Deutschland Nachholbedarf geben.

Ist es vor allem eine Aufgabe der Vorgesetzten, eine Arbeitsatmosphäre zu schaffen, in der Fehler offengelegt werden können, ohne dass ich dafür sofort gravierend Nachteile zu spüren bekomme?

Im meiner Studie wünschen sich 70 Prozent der befragten Polizisten ein starkes Management. 75 Prozent geben an, dass sie sich vom Topmanagement der Polizei nicht richtig gewürdigt fühlen. Zwischen der Erwartung der Polizisten und der Rea-

lität im Berufsalltag gibt es also eine Diskrepanz. Die Rolle der Vorgesetzten ist deshalb ein Thema, das wir uns genauer ansehen müssen.

In der Öffentlichkeit steht der Vorwurf im Raum, Polizisten seien stärker für rechts-extreme Gedanken empfänglich als der Rest der Bevölkerung.

Das sehe ich nicht so. Durch wissenschaftliche Studien wissen wir, dass die Werteentwicklung bei Menschen mit 20 Jahren weitgehend abgeschlossen ist. Mit meinen Forschungsergebnissen kann ich zudem nachweisen, dass die Werteentwicklung innerhalb der Gesellschaft viel wichtiger für die Abgrenzung gegenüber extremen Positionen ist als die Beeinflussung durch die eigenen Kolleginnen und Kollegen und den Berufsalltag.

Trotzdem stellt sich die Frage, ob eine zumindest bei einzelnen Polizisten latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit durch den Berufsalltag verstärkt wird?

Diese Gefahr besteht. Deshalb müssen wir schneller auf latent rassistische Äußerungen innerhalb der Polizei reagieren. Aber wir müssen uns auch die Fakten genau ansehen: Die Essener Polizisten müssen nicht zwingend etwas gegen Ausländer haben, sie sind zum Teil selber halbe Ausländer. Zum Teil reagieren sie mit ihren Äußerungen aber auch auf die Erfahrungen, die sie in ihrem Berufsalltag machen. Das müsste allerdings noch näher untersucht werden.

Wie können sie besser dagegen immunisiert werden?

Mir fällt auf, dass Jüngeren um die 20 die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte fehlt. Hier könnten wir etwas tun. Aber das sage ich jetzt als Polizist mit meiner eigenen Berufserfahrung, nicht als Wissenschaftler. ■



Versprochene Verstärkung soll schneller kommen

Bis 2024 will die Landesregierung die Zahl der Polizistinnen und Polizisten von knapp 40.000 auf über 41.000 erhöhen. Damit das klappt, hat das Innenministerium Ende September entschieden, dass trotz des bereits laufenden Ausbildungsjahrgangs in diesem Jahr weitere 100 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt werden. Die zusätzlichen Anwärter haben bereits im Oktober ihr Studium an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) aufgenommen. Sie werden zunächst als Angestellte geführt, bis die zusätzlichen Beamtenstellen vom Landtag freigegeben sind. 2021 folgen weitere 100 Stellen, sodass am 1. September in NRW 2.760 Kommissaranwärterinnen und -anwärter ihre Ausbildung beginnen können. So viele wie noch nie.

Hintergrund der erneut erhöhten Einstellungszahl ist die in den letzten Jahren stark gestiegene Abbrecherquote bei den Nachwuchspolizisten. Sie stieg von früher 8 Prozent auf über 20 Prozent. Hinzu kommt, dass die Polizei die lange erwartete Pensionierungswelle inzwischen voll erfasst hat. Trotz des kontinuierlichen Anstiegs der Einstellungszahlen

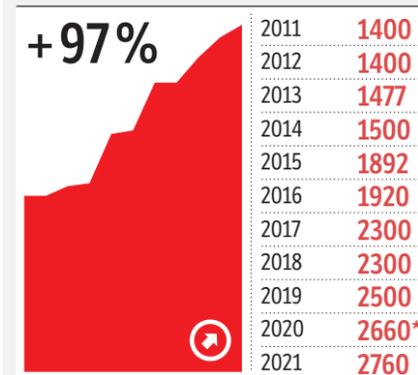
mussten deshalb beim letzten Nachersatztermin am 1. September erneut 15 der 47 Kreispolizeibehörden in NRW einen Verlust bei den Beamten hinnehmen. Am stärksten hat es die Behörden in Duisburg (-19,55), Wuppertal (-11,75), Steinfurt (-11,73) und Bochum (-11,64) getroffen. Zwar konnte das Minus bei den Beamten bis auf Duisburg durch zusätzliche Stellen im Tarifbereich ausgeglichen werden, trotzdem helfen die zusätzlichen Tarifbeschäftigten den Behörden nur bedingt weiter. Aktuell scheiden in den Behörden immer mehr erfahrene Beamte aus Altersgründen aus, die nicht von jetzt auf gleich zu ersetzen sind. Das gilt vor allem für die Ermittlungsdienste.

Die GdP hat deshalb die Erhöhung der Einstellungszahlen um insgesamt 200 Kommissaranwärter ab 2021 ausdrücklich begrüßt. Zugleich hält sie es aber für dringend erforderlich, dass das Innenministerium seine Anstrengungen, die stark gestiegene Abbrecherquote wieder auf ein normales Maß zurückzuführen, intensiviert. „Dass nicht alle ihr Studium zum Polizeikommissar erfolgreich abschließen, ist normal. Das ist auch bei anderen Studienabschlüssen nicht an-

Erneuter Anstieg

Im kommenden Jahr werden in NRW erneut 100 Kommissaranwärterinnen und -anwärter mehr eingestellt, als bislang geplant. Zusätzlich zu den 100 Anwärtern, die das Land bereits in diesem Jahr mehr eingestellt hat. Die Zahl der jungen Menschen, die 2021 in NRW ihr Studium bei der Polizei beginnen, steigt dadurch auf 2760. Das sind fast doppelt so viele wie vor zehn Jahren.

Einstellung von Kommissaranwärterinnen und -anwärtern in NRW



* davon 100 durch nachträgliche Erhöhung der Einstellungszahl

Quelle: Landeshaushalt NRW, 2020: geplanter Nachtragshaushalt, 2021: Haushaltsentwurf



ders“, betonte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz gegenüber den Medien. „Aber wir verlieren dabei viele, die eigentlich top für die Polizei geeignet sind.“

90 Prozent der Abbrecher scheitern bereits im ersten Studienjahr. In den letzten Wochen hatte Innenminister Herbert Reul (CDU) deshalb bereits angekündigt, dass für alle Anwärterinnen und Anwärter, die eine Klausur beim ersten Versuch nicht erfolgreich bestanden haben, Tutorials angeboten werden sollen. „Dem müssen jetzt weitere Schritte folgen“, fordert die GdP. ■

Streckenradar muss jetzt auch in NRW kommen

In einem mit großer Spannung erwarteten Urteil hat das Bundesverwaltungsgericht Ende September entschieden, dass die Überwachung von Tempolimits grundsätzlich auch über eine längere Strecke zulässig ist und nicht nur punktuell. Geklagt hatten Gegner eines Pilotprojekts zur Einführung des Streckenradars in Niedersachsen.

Die GdP drängt nach der Entscheidung des obersten deutschen Verwaltungsgerichts darauf, dass die neue Technik zur

Geschwindigkeitsüberwachung auch in NRW zum Einsatz kommt. Sie hat Innenminister Herbert Reul (CDU) aufgefordert, das Polizeigesetz von NRW entsprechend zu ändern. „Abschnittskontrollen sind in vielen Fällen besser geeignet und gerechter als die in NRW üblichen Blitzer, weil sie die Geschwindigkeit nicht punktuell, sondern über eine größere Distanz messen“, sagte Landesvorsitzender Michael Mertens zur Begründung der GdP-Forderung.

Im europäischen Ausland wird die neue Technik zur Geschwindigkeitsüberwachung schon seit Jahren mit großem Erfolg eingesetzt. In Deutschland gibt es bislang nur ein Pilotprojekt südlich von Hannover. Seit dem Start Ende 2019 ist es dort nur noch zu leichten Unfällen gekommen.

Einsatzmöglichkeiten für die neue Technik sieht die GdP vor allem auf unfallträchtigen Landstraßen und Autobahnabschnitten. ■



Jugendkriminalität weiter rückläufig

Die erfassten rechtswidrigen Taten, die von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden in Nordrhein-Westfalen begangen werden, gehen seit einigen Jahren zurück. Um diesen Trend fortzusetzen ist es notwendig, dass bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität jetzt nicht nachgelassen wird.

Im vergangenen Jahr ermittelten die Polizistinnen und Polizisten in NRW 98.678 Tatverdächtige unter 21 Jahren. 2016 waren es noch 107.238. Das ist eine Abnahme um fast 9 Prozent. Im Zehnjahresvergleich ist sogar ein Rückgang um etwas mehr als 25 Prozent zu beobachten. Diese Entwicklung wertet die GdP als eindeutigen Indikator dafür, dass Konzepte wie „Wegweiser“ und „Kurve kriegen“ funktionieren. „Auch die enge Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz und Jugendämtern zahlt sich hier aus“, erklärte der stellvertretende Lan-

desvorsitzende Michael Maatz Anfang Oktober gegenüber den Medien. Denn auch die Zahl der Intensivtäter, also diejenigen, die innerhalb eines Jahres fünf oder mehr Straftaten verüben, ging von 6.004 in 2016 auf aktuell 5.280 zurück. Aber es gibt auch vereinzelte Bereiche, in denen eine negative Entwicklung zu beobachten ist. So gab es 2019 bei den Raubdelikten 3.299 Tatverdächtige, ein Plus von 219 gegenüber dem Vorjahr. Auch im Bereich der schweren und gefährlichen Körperverletzung wurde ein leichter Anstieg von 213 auf 11.226 festge-

stellt. Gravierender ist der Anstieg im Bereich der Drogendelikte: Gab es 2018 noch 55.184 wurden im letzten Jahr 55.999 Tatverdächtige gezählt, die Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz begangen haben. Der Zehnjahresvergleich zeigt, dass in diesem Deliktbereich Handlungsbedarf besteht. Seit 2010 stieg die Fallzahl von 51.993 auf 68.872 in 2019 an. Die Aufklärungsquote blieb aber mit etwas über 90 Prozent auf hohem Niveau. „Unsere Kolleginnen und Kollegen machen einen guten Job, aber wir dürfen jetzt nicht nachlassen“, bekräftigte Maatz. ■

„Kurve kriegen“ zeigt Wirkung

Die Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahren in NRW ist seit 2016 rückläufig. Konzepte wie „Wegweiser“ oder „Kurve kriegen“ tragen Früchte. Gerade deswegen fordert die GdP einen „langen Atem im Kampf gegen Jugendkriminalität.“

Tatverdächtige unter 21 Jahren



Quelle: Landeskriminalamt NRW



Haushaltsentwurf 2021: Polizei weiter unterfinanziert

Am 7. Oktober hat die Landesregierung den Entwurf des Haushaltes 2021 in den Landtag eingebracht. Trotz der späten Einbringung ist die Landesregierung zuversichtlich, den Haushalt 2021 rechtzeitig verabschieden zu können. Der Gesamthaushalt weist bei den Ausgaben ein Volumen in Höhe von 84,04 Milliarden Euro aus, dies ist eine Steigerung gegenüber 2020 (inklusive zweier Nachtragshaushalte) um ca. 4,6 Prozent. Der Polizeihaushalt, der im Einzelplan des

Innenministeriums enthalten ist, sieht Ausgaben in Höhe von 3,69 Milliarden Euro vor, eine Steigerung gegenüber 2020 um 52,5 Millionen Euro. Davon betragen die reinen Personalkosten (ohne Versorgungsleistungen) 2,85 Milliarden Euro. Die Sachausgaben sollen inklusive Investitionen bei 865,29 Millionen Euro liegen, dies ist ein Minus von rund 16 Millionen Euro. Der Anteil des Polizeihaushaltes am Gesamthaushalt des Landes NRW liegt mit ca. 4,3 Prozent etwas niedriger als im

Vorjahr. Wenn man den Landeshaushalt allerdings um durchlaufende bzw. haushaltsneutrale Ausgaben bereinigt (ca. 2,1 Milliarden Euro) liegt der Anteil mit 4,5 Prozent nahezu auf Vorjahresniveau.

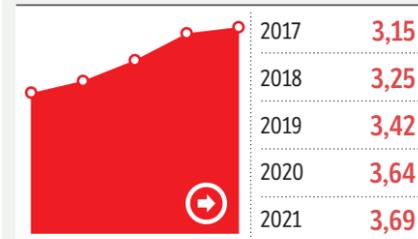
Bei den Planstellen wird es im Jahr 2021 ein Plus von 285, bei den Stellen der Regierungsbeschäftigten ein Plus von 790 geben. Durch die nochmalige Erhöhung der Zahl der Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter und der Regierungsinspektorenanwärter sowie der na-



Nur 52,5 Millionen Euro mehr

Im nächsten Jahr steigen in NRW die Ausgaben für die Polizei um lediglich 1,42 Prozent, von ca. 3,64 auf ca. 3,69 Milliarden Euro. Das sind 52,5 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Damit bleibt die Polizei mit einem Anteil von gerade einmal 4,5 Prozent an allen Ausgaben des Landes nach wie vor unterfinanziert.

Ausgaben für die Polizei
(in Mrd. Euro, gerundet)



Quelle: Haushaltplan NRW;
eigene Berechnungen



hezu konstanten Einstellungsmöglichkeiten für Verwaltungsinformatikerinnen und Informatiker erhöht sich im Jahr 2021 die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter auf 8.042.

Das Datum der Einbringung des Haushaltsentwurfs lag erst kurz vor Redaktionsschluss dieser DP-Ausgabe. Deshalb war bisher nur ein kurzer Blick auf die Rahmendaten und eine überschlägige Bewertung möglich. Die GdP hat allerdings die Möglichkeit, zu einer Expertenanhörung des Unterausschusses Personal des Landtags eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Diese ist ab dem 28. Oktober über die Homepage der GdP NRW abrufbar.

Überschlägig lässt sich bereits feststellen, dass die im Haushalt 2020 begonnene Ausweitung der Stellen A 13/A 12 und damit die Beseitigung des Deckelungsbeschlusses nicht fortgesetzt wurde. Dies bedeutet, dass auch weiter-

hin gleiche Arbeit bei der Polizei nicht gleich bezahlt wird. Auch zukünftig werden erfahrene Kolleginnen und Kollegen gezwungen sein, den Arbeitsbereich zu wechseln, weil sie sonst keine Beförderungschancen haben. Dadurch wird Fachwissen, das jahrelang aufgebaut wurde, verloren gehen.

Erfreulich ist dagegen die erneute Steigerung der Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärter auf 2.760. Wobei von diesen 200 zusätzlichen Einstellungen 100 bereits im Jahre 2020 realisiert werden sollen. Vor dem Hintergrund, dass mittlerweile fast 20 Prozent der Kommissaranwärter die Ausbildung nicht beenden, ist diese nochmalige Erhöhung dringend erforderlich, um die Pensionierungszahlen aufzufangen. Noch einmal stark angestiegen ist die vorgesehene Zahl der Regierungsbeschäftigten. Diese steigt von 8.251 in 2020 auf 9.041. ■



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

3.11. Harald Wulf, Leverkusen
4.11. Manfred Koth, Düren
9.11. Hildegard Burlage, Dorsten
10.11. Erika Sauermann, Kempen
15.11. Ernst Michels, Neuss
16.11. Elisabeth Pawlak, Freiburg
19.11. Hermann Rathofer, Halver
21.11. Heinz Krurup, Gütersloh
25.11. Reinhard Weist, Heinsberg

91. Geburtstag

6.11. Käthe Hoven, Stolberg
23.11. Alfred Skrotzky, Simmerath
28.11. Hans-Jürgen Tybussek, Datteln
29.11. Eberhard Benedict, Essen

92. Geburtstag

22.11. Willi Nagelschmidt, Haltern
23.11. Antonie Oster, Köln
28.11. Günther Müller, Düsseldorf

93. Geburtstag

7.11. Stefanie Schönborn, Extertal
26.11. Henriette Zanettin, Dortmund

94. Geburtstag

2.11. Gisela Diestelmeyer, Bielefeld
3.11. Anneliese Schwarz, Gelsenkirchen
10.11. Ilse Bazant, Oberhausen
12.11. Grete Zerr, Dormagen
18.11. Helma Bönke, Wuppertal
24.11. Heinz Burow, Recklinghausen

95. Geburtstag

8.11. Erna Meyer, Dortmund

96. Geburtstag

1.11. Paula Brenner, Bornheim
19.11. Hans Goertz, Mönchengladbach

97. Geburtstag

29.11. Erich Konieczny, Bottrop

98. Geburtstag

3.11. Willi Dirkx, Willich
30.11. Gertraude Kraus, Köln

99. Geburtstag

11.11. Ilse Wiertz, Dortmund

101. Geburtstag

28.11. Erika Karbach, Hagen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Redaktion

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

**Redaktionsschluss der
Dezember-Ausgabe ist der
4. November.**

Der GdP Reiseservice - DAS Reisebüro für GdP-Mitglieder und deren Angehörige, denn hier zahlt sich Ihre Mitgliedschaft für Sie aus!



Unsere Hotline:
0211/29101 - 60

www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de

Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im November
erhalten einen Thalia-Gutschein
im Wert von 35,00 Euro.

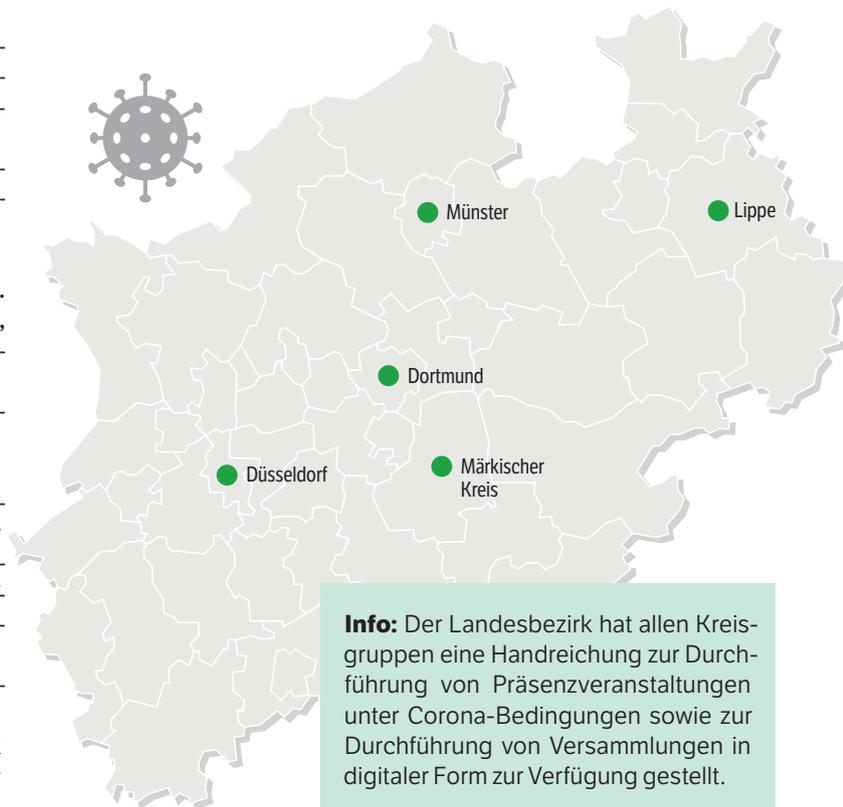
45 12955, Bielefeld
45 34613, Ennepe-Ruhr
45 59101, Düsseldorf

Corona-Auswirkungen auf GdP-Veranstaltungen

Seit Monaten wird das öffentliche und private Leben durch die weltweite COVID-19-Pandemie geprägt. Und auch der Landesbezirk und die Kreisgruppen haben auf die Corona-Auswirkungen reagiert. Ein Überblick.

Der Landesbezirk reagierte umgehend und stellte den Seminarbetrieb von März bis Ende Juli ein. Seit den Sommerferien läuft nun ein eingeschränkter Seminarplan – unter strikten Hygienekonzepten für die jeweiligen Bildungshäuser und Tagungshotels. Die Staffeln der Gewerkschaftsakademien wurden nach 2021 verschoben. Die aktuellen Infektionszahlen werden genau beobachtet, um die Lage tagesaktuell bewerten und entsprechend reagieren zu können.

Im Märkischen Kreis wurden alle Veranstaltungen abgesagt. Aufgrund der Planungsunsicherheit werden das Skatturnier, das Wach- und Wechseldienstseminar sowie die Kreisgruppenfahrt nach Wiesbaden erst im kommenden Jahr nachgeholt. Die Mitgliederversammlung findet nach aktuellem Stand am 16. Dezember in der Schützenhalle statt. Dort können Hygiene- und Abstandsregeln eingehalten werden. In Düsseldorf wurde die jährliche Mitgliederversammlung bereits im Februar durchgeführt, noch vor den Corona-Beschränkungen. Ein glücklicher Zufall, denn eine geeignete Räumlichkeit für die 3.000 Mitglieder starke Kreisgruppe zu finden, ist unter den aktuellen Auflagen fast unmöglich. Abgesagt wurden die jährlich stattfindenden Bootstouren über den Rhein sowie die Nikolaus- und Weihnachtsfeiern. Auch in Münster konnte die diesjährige Mitgliederversammlung noch im Februar abgehalten werden. Die Kreisgruppen Dortmund und Lippe hatten da weniger Glück und werden ihre Mitgliederversammlungen in diesem Jahr nicht mehr durchführen können. ■



Info: Der Landesbezirk hat allen Kreisgruppen eine Handreichung zur Durchführung von Präsenzveranstaltungen unter Corona-Bedingungen sowie zur Durchführung von Versammlungen in digitaler Form zur Verfügung gestellt.

Nachrufe

Matthias Franken	05.04.1957	Aachen	Anna Fox	13.09.1948	Essen/Mülheim
Günter Leutsch	08.06.1957	Aachen	Karl-Josef Kremer	04.03.1953	Euskirchen
Heinz-Rüdiger Bente	15.08.1954	Bochum	Andreas Frische	04.08.1961	Köln
Rainer Große	23.01.1937	Bochum	Arno Lagershausen	21.01.1939	Köln
Elfriede Heusing	14.05.1927	Bochum	Daniela Pfeiffer	02.06.1975	Köln
Heinz Gärtner	12.11.1925	Duisburg	Thorsten Goslar	19.07.1983	Märkischer Kreis
Siegfried Spolwig	07.07.1937	Duisburg	Holger Kresken	20.04.1965	Mettmann
Karl Krüger	31.12.1927	Düsseldorf	Heinz Pfeiffer	22.05.1931	Selm